

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM., zusätzlich Postgebühren. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Postämter und Postfachstellen, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht ein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Bezugspreises. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beifügt.

Verlagspreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Kpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2-spaltige Raumzeile im 1. und 2. Teil 1 RM., Nachverteilungsgeld 20 Reichspfennige. Vorgesagte und Platzanzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Durch Fernruf übermittelte Anfragen über, mit keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 151 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Sonnabend, den 1. Juli 1933

## Fronten und Waffen.

Für und gegen Gold. — Deutschland als christlicher Schuldner. — „Die Seele wohnt im Blut.“

„Ein großer Staat besteht nur durch sich selbst und aus eigener Kraft; er erfüllt den Zweck seines Daseins nur, wenn er entschlossen und gerüstet ist, sein Dasein, seine Freiheit und sein Recht zu behaupten; ein Land wehrlos zu lassen, wäre das größte Verbrechen seiner Regierung.“ Generalstabschef von Moltke, der dieses eigentlich doch selbstverständliche Wort einmal hat ausgesprochen müssen, um eine Schwächung der deutschen Wehrmacht verhindern zu helfen, war nebenbei auch insofern ein überaus kluger Politiker, als er im Reichstag nur als Abgeordneter zu sprechen pflegte, wenn er etwas — zu sagen hatte. In London auf der Weltwirtschaftskonferenz aber wird, je weniger man zu sagen hat, desto mehr geredet. Und je weniger man zueinander spricht, desto mehr redet man sich auseinander. Da man das selbst zu fühlen beginnt, hält man Monologe, in denen über das eigentliche Thema der Konferenz, über die Voraussetzung für ein wirklich gegenseitiges Gelingen, also über die Frage der Währungsstabilisierung, schon gar nicht mehr geredet wird.

Wenn man will, so kann man das als eine Begleitmusik zu der sich ganz allein weiter vollziehender Entwicklung der Dinge bezeichnen. Diese Entwicklung kann man aber zu einer deutlich nach außen hin sichtbaren Frontbildung geführt. Auf der einen Seite stehen die Scharen jener Länder, die allerhand Entwertungsexperimente mit ihrer Währung veranstaltet haben oder im Begriff sind, es zu tun. Sie „manipulieren“ mit ihrer Währung, und ihr Selbstgespräch lautet: Kontrollierte Inflation, möglichst große Kreditausweitung, um das allgemeine Preisniveau nicht etwa bloß dem Papierwert nach, sondern tatsächlich in die Höhe zu treiben. Auf der Gegenseite steht die Front der Goldstreber; nur noch recht wenige davon gibt es, und sie manchen scheitert sich jetzt davon. Auch hier will man Kreditvermehrung, Preissteigerung, — aber beides nicht mit künstlichen währungspolitischen Experimenten herbei geführt, sondern auf dem natürlichen, eigengesetzlichen Wege der Bedarfsdeckung. Mit der „Goldländerkonferenz“ einerseits, der Ablehnung jeden Stabilisierungsabkommens zwischen Dollar, Pfund Sterling und Franc andererseits, wurden diese Frontbildungen und Gegenpflichtigkeiten „evident“, wie die Österreicher sagen würden. Aber noch deutlicher wurde, daß sich auf dieser Weltwirtschaftskonferenz doch eigentlich immer mehr die Erkenntnis durchzusetzen beginnt: Jeder Staat muß erst einmal bei sich selbst Ordnung schaffen, ehe man an den Wiederaufbau der weltwirtschaftlichen Beziehungen herangehen kann. Das hat auch der neue amerikanische Delegierte in London, Professor Moley, schon geäußert, als er seinen Fuß auf englischen Boden setzte. Amerika werde sich um keinen Beschluß der Londone-Konferenz kümmern, der es auf seinem einbestimmten Wege zur Selbstfinanzierung fördern würde. Er hätte mit Moltke hinzufügen können, daß Amerika nur durch sich selbst und aus eigener Kraft bestehen wolle und sei Dasein, seine Freiheit und sein Recht zu behaupten entschlossen sei.

Allerdings wäre es da nicht erst notwendig gewesen eine Weltkonferenz, den englischen König und sein Mikrophon zu bemühen, wenn man sich einander nur sagen will: ein jeglicher müsse erst mal gründlich vor der eigenen Tür lehren, wenn man später eine gemeinsame saubere Straße haben soll. Ein zwischen den Völkern gut funktionierendes Telephon hätte für die Befestigung eines solchen Ergebnisses auch genügt!

Militärisch will man uns Deutsche nach wie vor unter den Druck halten, der sich schon ganz allein aus unserer Wehrlosigkeit ergibt, aber man will es auch als ein Verbrechen an der ganzen so überaus friedfertigen Menschheit „anprangern“, wenn unsere nationale Regierung es nicht weiter ertragen will, „ihr Land wehrlos zu lassen“, was ja Moltke als der Verbrechen größtes bezeichnet! Ebensoviele dürfen wir aber im wirtschaftlichen Kampf um die Behauptung „unseres Daseins, unserer Freiheit und unseres Rechts“ uns selbst wehrlos machen, auch wenn ein formales „Recht“, nämlich Schuldverreibungen an das Ausland, in dem Welt der unsrer Gläubiger ist. Das Recht auf Dasein ist kein papierernes, sondern ein von der Natur verliehenes Recht. Aber wie hat der Reichsbankpräsident mit dieser Schar von Schylocks ringen müssen, die auf ihre Scheine bestanden und die Überweisung unserer Schuldzinsen in fremder Währung an die Auslandsgläubiger verlangten. Von der ursprünglich beabsichtigten völligen Sperre dieser Zinszahlungen auf unsere Auslandsanleihen ist Dr. Schacht abgegangen und hat gerade bei den Verpflichtungen für die „politischen Schulden“ — die Dawes- und die Young-Anleihe — dem Drängen der Gläubiger sehr weit nach

## Der Kanzler begrüßt die neuen Minister

### Das Ergebnis der Ministerbesprechung.

In der Ministerbesprechung am Freitagnachmittag begrüßte der Reichskanzler zunächst die neuernannten Minister, den Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt und den Reichsernährungsminister Dr. Walter Darré sowie den stellvertretenden Parteiführer der NSDAP, Rudolf Heß, der ebenfalls zum erstenmal an einer Ministerbesprechung teilnahm.

Der Reichskanzler sprach sodann sein Bedauern über den Austritt des bisherigen Reichswirtschafts- und Ernährungsministers Dr. Hugenberg aus, dessen verdienstvolles Wirken in der deutschen Politik und insbesondere im Reichskabinett er noch in einem Schreiben zum Ausdruck bringen werde.

Der Reichskanzler berichtete dann über seinen Besuch beim Reichspräsidenten in Meudel und hob hervor, daß er besonders erfreut gewesen sei über die Frische und das gute Befinden des Reichspräsidenten, der dem Reichskabinett die besten Grüße und Wünsche übermitteln ließ.

Übernahme der freigewordenen preussischen Ministerien durch Darré und Schmitt.

Der preussische Ministerpräsident Göring teilte mit, daß auf seinen Vorschlag vom Reichskanzler als Reichsstatthalter für Preußen der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt zum preussischen Minister für Wirtschaft und Arbeit und der Reichsernährungsminister Darré zum preussischen Landwirtschaftsminister ernannt worden sind.

Das Reichskabinett genehmigte die Ernennung des Diplomingenieurs Gottfried Feder zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium und erklärte sich damit einverstanden, daß der bisherige Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Dr. Posse zum zweiten Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagen wird.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht berichtete schließlich über die am Sonnabend in Kraft tretende Regelung des Transfers der Zinsen und Amortisationen der ausländischen Anleihen, wie sie auf Grund der Londoner Verhandlungen mit den Auslandsgläubigern nunmehr stattfindet. Das Reichskabinett billigte die Vorschläge des Reichsbankpräsidenten, und der Reichskanzler dankte Dr. Schacht im Namen des Reichskabinetts für seine uner müßlichen Bemühungen, der vorhandenen Schwierigkeiten Herr zu werden.

## Pfarrer Coch, komm. sächs. Landesbischof

Das sächsische Ministerium des Innern hat an das evangelisch-lutherische Landeskonsistorium zu Händen des Herrn Präsidenten Dr. Dr. Seegen folgende Anordnung gerichtet:

„Durch die politischen Ereignisse der letzten Zeit und die Vorgänge im kirchenpolitischen Leben anderer deutscher Länder sind innerhalb des evangelischen Kirchenwesens Sachsen Spannungen und Anruben entstanden, deren sofortige Behebung um der Kirche und um des Evangeliums willen notwendig ist. Der kirchliche Notstand ist in Sachsen um so größer, als infolge des Todes des bisherigen Landesbischofs die evangelisch-lutherische Landeskirche ihres verfassungsmäßigen Vertreters entbehrt. Die kirchlichen Behörden haben von sich aus bisher keine durchgreifenden Schritte zur Behebung dieses Notstands und zur Anpassung der kirchlichen Verhältnisse an den durch die nationale Erhebung geschaffenen Zustand unternommen. Infolgedessen sieht sich das Ministerium des Innern gezwungen, auf Grund der Reichspräsidentenverordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (Reichsgesetzbl. S. 83) folgendes anzuordnen:

Der Pfarrer Friedrich Coch in Dresden wird mit der Wahrnehmung aller dem Landesbischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche des Freistaates Sachsen zustehenden Rechte und Befugnisse auf so lange betraut, bis ein Landesbischof nach der künftigen Verfassung der in Bildung begriffenen „einen evangelischen Kirche deutscher Nation“ gewählt oder anerkannt worden ist.

Pfarrer Coch wird weiter ermächtigt, bis auf weiteres alle dem evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, dem Lan-

deskirchenauschusse und dem ständigen Synodalausschusse zustehenden Rechte auszuüben.

Die Notverordnung über Ermächtigung des Landeskonsistoriums vom 7. Juni 1933 (Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt der evangelisch-lutherischen Landeskirche Bl. 31) wird außer Kraft gesetzt.

Die vorstehenden Maßnahmen treten mit sofortiger Wirkung in Kraft.“

### Ein Brief Hindenburgs an Hitler in der Kirchenfrage.

Reichspräsident von Hindenburg hat an Reichskanzler Hitler in der Frage der Auseinandersetzungen in der evangelischen Kirche folgendes Schreiben gerichtet: „Sehr verehrter Herr Reichskanzler! Die Auseinandersetzungen in der evangelischen Kirche und die Gegensätze, die zwischen der preussischen Staatsregierung und der Leitung der preussisch-evangelischen Landeskirchen entstanden sind, erfüllen mich als evangelischen Christen wie als Oberhaupt des Reiches mit ernstlicher Sorge. Zahlreiche an mich gerichtete Telegramme und Zuschriften bestätigen mir, daß die deutschen evangelischen Christen durch diese Auseinandersetzungen und durch die Sorge um die innere Freiheit der Kirche aufs tiefste bewegt sind. Aus einer Fortdauer oder gar einer Verschärfung dieses Zustandes muß schwerster Schaden für Volk und Vaterland erwachsen und die nationale Einheit leiden. Vor-

gegeben; es bleibt dort fast alles wie bisher und nur die Tilgungsbeträge für die Young-Anleihe werden nicht transferiert. Auch bei den rein privaten Schulden wird ein Drittel der bisherigen auch weiterhin an das Ausland in fremder Währung überwiesen und — an der „Substanz“ unserer Verpflichtungen ändert sich nichts. Nichts an der Schuldsumme, nichts an der Zinshöhe, nichts an der Tilgungsart. Der deutschen Wirtschaft wird kein Pfennig an der Erfüllung ihrer Schuldverpflichtungen nachgelassen. Wir wollen, soweit die Kräfte reichen, ehrliche Schuldner bleiben. Aber den letzten Blutstropfen abzupfen lassen wir uns denn doch nicht! Ehe das Ausland so weit vorgehen konnte, haben wir uns geweigert, „denn eine Grenze hat die Gläubigermacht“: das Recht aufs Dasein nämlich, das Recht darauf, im Wirtschaftskampf mit den anderen und im Streben zu eigenem Wiederaufbau nicht die letzten Waffen hergeben zu müssen. Denn auch in diesem Ringen „ein Land wehrlos zu lassen, wäre das größte Verbrechen seiner Regierung.“

„Ein großer Staat besteht nur durch sich selbst und aus eigener Kraft.“ — aber diese Kraft ist nicht bloß eine solche der militärischen und der wirtschaftspolitischen Energie, sondern auch eine solche des „völk-

sführenden“, des „volkerhaltenden“ Volkens. Wem sagte bisher das bloße Wort „Völkerrückgang“ viel? Niemandem oder höchstens nur sehr wenigen. Nun aber konnte man lesen oder hören, mit welcher drängendem, stürmisch pulsierendem Leben der Reichsinnenminister Dr. Frick jenen farblos vieldeutigen Begriff erfüllte. Völkerrückgang — das ist kurz und knapp gesagt: die Selbstverteidigung der Rasse. Hier wurde endlich einmal in umfassender Darstellung ein Bild von den verschiedenen Erscheinungsformen, vor allem aber von den drohend-bitteren Notwendigkeiten dieses Kampfes um das Dasein eines Volkes gezeichnet. Gewiß sind auch hier viele äußere Waffen vorhanden, um in diesem Ringen nicht zu unterliegen oder um gar siegreich vorwärtszustößen. Aber die stärksten Waffen hierbei, die kein Staat uns zur Verfügung stellen kann, entspringen dem eigenen Blut, dem eigenen Willen. Denn das nationale Erwachen eines Volkes, sein Aufspringen zum Widerstand und Kampf, sein Einsetzen für das Recht aufs Dasein, sein Wille, „nur durch sich selbst zu bestehen und aus eigener Kraft“, — das alles spricht und fordert in diesem Volke das Blut, in dem, nach uraltem Völkerglauben, die Seele wohnt. Dr. Fr.